

Bezugspreis:

Vertriebspreis 30.- M., monatlich 1.00.- M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs: Monatlich 1.00.- M., evtl. Postzahlungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 18.20 M., für das übrige Ausland bei täglich einmaliger Zustellung 21.50 M. Postbestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Jugoslawien, Schweden und die Schweiz. - Einzelheften in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 6. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Hauptzeile kostet 1.- M., Teuerungszuschlag 50%. Kleine Anzeigen, das ist gedruckt Wort 1.- M. (zulässig zwei gedruckt Worte), jedes weitere Wort 50 Btg. Stellungs- und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 50 Btg., jedes weitere Wort 40 Btg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten je Zeile 1.- M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.- M., die Zeile ohne Ausschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Selbstredung 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Stinnes bei Millerand.

Spa, 5. Juli. Die nächste Konferenz findet heute nachmittags 3 1/2 Uhr im Schloß de la Freinouse statt. Es kommt dabei die militärische Frage zur Behandlung. In der Sitzung werden die bis dahin erwarteten Reichswehrminister Dr. Gehler sowie General v. Seeckt teilnehmen. Keine Verhandlung über Ostfragen.

Spa, 6. Juli. (WZ.) Von ausländischer deutscher Seite wird mitgeteilt: Bei der gestrigen ersten Sitzung der Konferenz war als letzter Programmpunkt die Danziger Frage aufgestellt worden. Die deutsche Delegation hatte dagegen keinen Einspruch erhoben, da angenommen werden konnte, daß in Verbindung damit sämtliche schwedischen Ostfragen erledigt werden sollten. Da es sich um ein Nichtverständnis handelt, ist die Danziger Frage wieder von der Tagesordnung abgesetzt worden und die bereits hergeleiteten Sachverständigen werden ihre Reise hierher nicht antreten.

Interalliierte Verhandlungen.

Spa, 5. Juli. (Havas-Reuters.) Millerand empfing die polnischen Vertreter und den Grafen Sforza und hatte eine Besprechung mit Lloyd George. Die Sachverständigen haben versucht, den in Brüssel aufgestellten Grundsatz betreffend die Verteilung der deutschen Entschädigung zur Anwendung zu bringen. Sie waten sich klar darüber, daß das Prioritätsrecht auf zweieinhalb Milliarden Goldmark, das der Vertrag von Versailles Belgien gewährt, wenn es ohne Abänderung aufrechterhalten würde, die erste zur Tilgung der deutschen Schuld bestimmte internationale Anleihe vollständig zur Sicherstellung des Belgien gewährten Privilegs auffangen würde. Infolgedessen hat man Belgien vorgeschlagen, daß das Vorrangsrecht beibehalten werden soll mit dem Vorbehalt, die Summe in mehrere Teilsummen zu zerlegen, deren Bezahlung allmählich erfolgen soll. Unter dieser Voraussetzung würden die Engländer mit einem achtprozentigen Anteil von Belgien einverstanden bleiben, wie er in Brüssel festgesetzt worden ist. Die Frage ist noch nicht endgültig entschieden, aber in gutem Gange.

Am Schluß der Zusammenkunft der finanziellen Sachverständigen wurde eine italienische Note geprüft, in der der Standpunkt Italiens zur Verteilung der Entschädigung dargelegt wird.

Die Entwaffnungsfrage in Spa.

In Spa wird heute nachmittags nach dem Eintreffen des Wehrverwaltungsministers Dr. Gehler und des Generals v. Seeckt die Beratung der Entwaffnungsfrage begonnen werden. Obwohl der Weltfrieden leider noch nicht hergestellt, der Osten noch voller Krieg ist, gibt es für Deutschland in dieser Frage überhaupt keine Wahl. Als geschlagenes Land muß Deutschland den anderen in der Abrüstung vorangehen, ohne fragen zu dürfen, wann die anderen ihm folgen werden. Die Neigung, sich in neue Kriege verwickeln zu lassen, fehlt in Deutschland vollständig, daß das mehrlose Land aber nicht zum Gegenstand wehloser Angriffe werde, dafür zu sorgen gebietet den anderen Staaten ihr eigenes Interesse, da ein angegriffenes Deutschland den Friedensvertrag nicht erfüllen könnte.

Nach außen kann sich Deutschland nicht durch militärische, sondern nur durch politische Mittel sichern. Das kann es aber auch nur dann, wenn es für alle Welt sichtbar auf jede Möglichkeit der militärischen Verteidigung verzichtet hat. Es liegt heute im eigenen Interesse Deutschlands, die Militärfragen so zu regeln, daß ihm keine geheimen Rüstungen und Kriegspläne angedeutet werden können.

Es bleibt somit als einzige Frage die, wie diese Regelung erfolgen kann, ohne daß Deutschland aufs neue durch innere Wirren zerrüttet wird. Dazu ist notwendig, daß der Ruhepunkt so bald wie möglich erreicht wird, daß er ohne soziale Härten erreicht wird und daß ein Stamm von bewaffneter Organisation zurückbleibt, der quantitativ und qualitativ dazu ausreicht, die gezielte Ordnung der Demokratie zu schützen. An Truppen, die durch konspiratorische Absichten oder durch provokatorisches Auftreten selber eine Gefahr für die Ordnung bilden, hat die Deutsche Republik kein Interesse.

Der Rapp-Putsch hat ungeheure wirtschaftliche Werte zerstört und damit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands schwer beeinträchtigt. Die Aufstellung voll-

Zur Entschädigungsfrage.

Rotterdam, 5. Juli. Das Sonntagsblatt „Observer“ tritt mit Rücksicht für eine Verminderung der deutschen Entschädigungszahlung und für die Befestigung eines kurzen Termins ein. Die äußerste Frist für diesen Termin müsse 10 Jahre sein. „Observer“ ist der Meinung, daß die Alliierten in diesen 10 Jahren gute Aussicht haben, das Verlangte zu erhalten. Auf diese Weise bestehe Aussicht, bessere Ergebnisse für die Staatskasse der Alliierten und für den Weltfrieden zu erzielen. Es sei wenig Hoffnung, daß die Alliierten außer dem, was in den nächsten 10 Jahren einkomme, noch irgend etwas erhalten. „Observer“ schlägt mit der Bemerkung, ein endgültiger Ausweg aus dem Sumpf werde nicht gefunden werden, bevor ein neuer Kongress, auf dem die Vereinigten Staaten, Deutschland und Rußland vertreten seien, die Revision des gesamten Friedensvertrages in die Hand nehmen.

Die Forderungen Italiens.

Spa, 6. Juli. (Havas-Reuters.) Nach Schluß der Zusammenkunft prüften die Finanzsachverständigen die italienische Note, in der der Standpunkt der Italiener in der Frage der Verteilung der Wiedergutmachung auseinandergesetzt wird. Das lange Schriftstück nimmt die in Brüssel und Boulogne von Vertretern gemachten Darlegungen wieder auf, wonach die von den verschiedenen feindlichen Mächten verlangten Teilsummen ein gemeinfames Pfand bilden sollten, in das sich alle Alliierten im Verhältnis zu ihren Ansprüchen zu teilen haben. Ohne Bezug darauf, daß der Italien zugesprochene Anteil an der deutschen Entschädigung 10 Proz. betragen soll, stellt die italienische Note als Vorbedingung für die Zustimmung Italiens den Grundsatz auf, daß sein Anteil nicht weniger als vier Milliarden betragen soll. Außerdem soll Italien ein Vorrangsrecht bei jeder Verteilung der von Österreich und Bulgarien geforderten Summen haben und besonders eine Erhöhung seines Anteils an der österreichischen Forderung.

Stinnes bei Millerand.

Paris, 6. Juli. (Havas.) Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in Spa telegraphiert seinem Blatt: Gestern hatte Hugo Stinnes, der von Wien gekommen war, eine lange Zusammenkunft mit Millerand. Dieser empfing ihn in dem französischen Quartier. Stinnes legte Millerand seine Pläne über die Wiederherstellung der verwahrlosten Gebiete auseinander. Millerand machte einige Einwände, erklärte sich aber lebhaft interessiert durch das von Stinnes entwickelte System der internationalen Mitwirkung.

kommen zuverlässiger Informationen gehört zu den Voraussetzungen einer loyalen Ausführung des Friedensvertrages.

Wird die Entwaffnungsfrage in Spa von diesen Gesichtspunkten aus behandelt, so ist zu hoffen, daß sich die Alliierten berechtigten Einwendungen der deutschen Vertreter nicht verschließen werden. Das gilt sowohl für das Tempo der Abwicklung wie für die geforderte Auflösung der Sicherheitspolizei.

Dagegen wird wohl allgemeine Übereinstimmung darüber herrschen, daß sich die Bewaffnung des Proletariats mit den Bedingungen des Friedensvertrages nicht verträglich und daß keine deutsche Vertretung, von welchen Gesichtspunkten sie auch sonst ausgehen möchte, Aussicht hätte, mit einer derartigen Forderung in Spa durchzudringen. Auf diese Tatsache seien die Unabhängigen hingewiesen, die einerseits am entschiedensten die loyale Durchführung des Friedensvertrages verlangen, andererseits mit der Bewaffnung des Proletariats eine Forderung erheben, die mit einer loyalen Durchführung unvereinbar ist.

In Spa nimmt man, wie uns ein Privattelegramm unseres dorthin entsandten V.S.-Mitarbeiters meldet, an, daß die Entsendung der beiden Reichswehrvertreter, Gehler und v. Seeckt, nicht genügen dürfte, da ja auch die Frage der Sicherheitspolizei zur Erörterung gelangen soll und diese Frage wichtiger ist als die Reichswehrfrage. Die für die Sicherheitspolizei zuständigen Vertreter dürften auch auf der Gegenseite mehr Vertrauen finden, da man in den Vertretern des Militärs — mit Recht oder Unrecht — Reste des ehemaligen Militarismus erblickt und vielfach argwöhnt, die aufrichtigen Bemühungen der deutschen Regierung, die Entwaffnung herbeizuführen, würden von den Militärs durchkreuzt. Diese Auffassung soll namentlich in englischen Kreisen stark verbreitet sein.

Es ist daher anzunehmen, daß zur Beratung der Fragen, die die Sicherheitspolizei betreffen, hierzu besonders geeignete und der Gegenseite „unverdächtige“ Vertreter nach Spa herufen werden.

Die preussischen Finanzen.

Zur heutigen Statede des preussischen Finanzministers.

Von Kurt Deinig.

Von jeher war das Budget des Reiches und der Bundesstaaten, ja auch der Gemeinden, dem gewöhnlichen Menschen eine Geheimwissenschaft, ein Buch mit sieben Siegeln, „Rechnungsjahr“, „Soll“ und „Haben“, „Minderüberschuß“, „Sonderhaushaltsplan“ — und viele Begriffe ähnlicher Art schwirrten da durcheinander. Verständlich blieben zuletzt immer nur die Worte „Defizit“ und „neue Steuern“. Sie wurden dann noch dadurch besonders handgreiflich klar gemacht, daß einem etliche große Bahnen an den Kopf geworfen wurden. Dabei blieb dann allgemein nur ein Gefühl übrig: Daß das Reich schon wieder mehr Geld brauchte und bekam, und daß es dennoch keine Schulden vergrößere. Weniger beachtet und noch schlechter verstanden wurden die Etats der einzelnen Bundesstaaten. Der preussische Haushaltsplan allein war dabei umfangreicher als der des Deutschen Reiches. Dieser balancierte mit rund vier Milliarden in Einnahme und Ausgabe, jener glied sich mit 4,3 Milliarden auf-

Das alte Deutsche Reich war nichts weiter, als ein Bund von selbständigen Staaten, die im besonderen ihre Finanzhoheit eifersüchtig hüteten. Dem Kaiserthum erkannte man nur ganz engebegrenzte Steuergebiete zu: Zölle, Verbrauchsabgaben, Post- und Telegraphengebühren. Auch hier gab es noch Reservatrechte. Die Bundesstaaten empfanden das Reich bald als „löstigen Kostgänger“, denn sie mußten ihm Zuschüsse (Matrikularbeiträge) gemäßen. Die Reichseinnahmen blieben bis 1914 nur ein ziemlich willkürliches Gemisch von Vertriebssteuern, Gebühren und Steuern. Dazwischen waren die Militär- und Marinekosten eine Reichsangelegenheit. Die Quellen der direkten Steuern, die Eisenbahneinnahmen, Bergverwaltungen, Forst- und Domänenwirtschaft, alles war bundesstaatliche und im besonderen preussische Angelegenheit. Heute sind die großen direkten Steuern und die Eisenbahnen auf das Reich übergegangen. Preußen bekommt seine hauptsächlichsten Geldbedürfnisse von ihm gedeckt. Das sind grundlegende Umwälzungen, die einen Vergleich zwischen jetzt und früher nicht mehr möglich machen, ganz abgesehen davon, daß wir jetzt mit ganz anderen Zahlen zu rechnen gezwungen sind. Auch die Aufgaben des Staates sind fortgesetzt gewachsen, die Bindung des einzelnen an die Gemeinschaft ist viel ausgeprägter als je. Zwischen dem preussischen Dreiklassenwahlrecht und der staatlichen Arbeitslosenversicherung ist ein weiter Weg zurückgelegt worden!

Brüstet man den neuen preussischen Etat, so muß dies alles und noch einiges andere dabei berücksichtigt bleiben. Die Zahlen des preussischen Etats sind nur in diesem Zusammenhang zu verstehen. Der Weg zu ihnen führt über zwei Abschnitte, der erste beginnt mit dem 2. August 1914, der zweite mit dem 10. November 1918. Innerhalb des ersten entstanden fortgesetzte Fehlbeträge im preussischen Staatshaushalt. Im Jahre 1914 waren es 116 Millionen Mark, 1915 dagegen: 196, 1916: 105 und 1917: 109 Millionen; 1918 springt er auf 2384 Millionen Mark. Diese Kriegsechtfelbeträge wurden vorläufig aus bereiten Geldbeständen der Staatsfinanzverwaltung gedeckt, die nach Bedarf aus dem Staatsanleihekredit von 15 Milliarden verstärkt worden ist, die endgültig erst durch Anleihen „gedeckt“, als Staatsschulden zur Ruhe kommen.

Mit dem Abbruch des Krieges begann die deutsche Papiermark in die Fremde zu wandern, in Belgien und Nordfrankreich zirkulierten schon mehrere Milliarden, 65 Millionen Menschen hungerten, mußten vom Ausland mit Nahrungsmitteln versorgt werden, das Inland war ausgebeutet, ausgebrannt, nicht ein Rest Kohstoff war noch vorhanden, alles gärte, die politischen Ereignisse jagten sich in Deutschland. Für den preussischen Staat sanken die Einnahmen auf ihren Tiefpunkt, wenn sich auch schon die ersten Mehrerträge merkbar machten. Die Ausgaben stiegen wild und unaufhaltbar. So schloß das Rechnungsjahr 1918 mit 2,3 Milliarden Fehlbetrag. Die Reinerträge der Staatsverwaltungen, wie sie in den Anschlägen des Etats vorgegeben waren, verschwand im Wirbel des Zusammenbruchs. Dafür stiegen um so mehr die Teuerungszulagen, Beschaffungsbefehle und andere Notstandsmaßnahmen im wahren Sinne des Wortes. Statt 370 Millionen, wie im Etat bei seiner Beratung eingestellt wurden, allein 1,5 Milliarden Mark für Teuerungszulagen notwendig.

Die voraussichtlichen Jahresergebnisse für 1919, soweit bisher Schätzungen durch die einzelnen Verwaltungen möglich waren, zeigen das uns beinahe schon vertraute Bild der erschreckenden Riesenziffern. Sehen wir uns zuerst die Entwicklung der Eisenbahnfinanzen an. Um wenigstens teilweise einen Ausgleich gegenüber den immer höher springenden Ausgaben zu schaffen, wurden die Tarife Oktober 1918 um 50 Proz., am 1. März 1920 um weitere 100 Proz. erhöht. Demnach ergibt sich für 1919 bei der preussischen Eisenbahnverwaltung ein Rechnungs-

fehltbetrag von 3,9 Milliarden Mark. Dazu gehören genau genommen außerdem noch 1/2 Milliarde Beschäftigungsbeihilfen für Beamte, die auf Kasse verwiesen worden sind, so daß insgesamt der Fehlbetrag die Höhe von 4,675 Milliarden Mark erreicht.

Die Vergewaltigung rechnet mit kleineren Summen. Dennoch ist das Bild weisensverwandt. Im übrigen Staatshaushalt schaut es ähnlich aus. Etwas heller sieht es nur bei den Einnahmen an direkten Steuern, bei den Zöllen und indirekten Steuern, im besonderen bei den Forsten und auch bei der Erhebung aus, hier sind die Einnahmen erheblich gestiegen. Wie wenig heute ein im voraus für ein Jahr aufgestellter Etat mit den Notwendigkeiten der rasch sich ändernden Wirklichkeit mitkommt, zeigen die Teuerungszulagen für die Beamten und Lehrer um, die im Etat für 1919 mit 1100 Millionen eingestellt waren, aber in der Wirklichkeit dann 2004 Millionen Mark betragen.

Die im Haushaltsplan auftretenden Fehlbeträge müßten wieder durch Begabung von unverzinslichen kurzfristigen Schapanweisungen vorerst einmal für den Augenblick gedeckt werden. Aus derselben „Geldquelle“ waren aber noch andere Geldbedürfnisse von großem Umfange zu befriedigen, die in der allgemeinen Staatsrechnung keinen Platz und keine Deckung gefunden hatten, sondern als Zuschüsse verbraucht sind. So mußte notgedrungen die schwebende Schuld Preußens von 1918 zu 1919 von 6,1 Milliarden auf 14,6 Milliarden steigen.

Der preussische Haushaltsplan für 1920 ist eigentlich der erste im neuen Preußen, er zeigt die bisher eingetretene grundlegende Verschiebung der Finanzverhältnisse zwischen Reich und Preußen. Es fehlen in ihm der Eisenbahnetat und die bisherigen Haushalte der direkten Steuern und der Zölle und indirekten Steuern. Singulärformeln ist der Haushalt des Ministeriums für Volkswohlfahrt, er ist neu geschaffen. Vergleiche aus früheren Jahren lassen sich beim preussischen Budget nicht mehr anstellen, schon deswegen nicht, weil Preußen die Hauptverluste des Friedensvertrages zu tragen hat. Es hat so verdrängte Einnahme- und Ausgabegebiete verloren. Die auf die Abtretungsflächen entfallenden Staatsverwaltungsansgaben betragen 74 Millionen, 57 davon sind schon getrichen. Unter diesen im wesentlichen getrichenen Gesamtausgaben stehen auch die Beiträge für rund 7000 planmäßige Stellen, bisher konnten erst 2855 als endgültig erledigt betrachtet werden, die übrigen bleiben noch zu besetzen. Auf der anderen Seite mühen im alten Staatsgebiet neue planmäßige Stellen geschaffen werden, es sind 4451, allein die Hälfte entfällt auf die Justizverwaltung. Die Aufgaben des Staates werden sich auch in Zukunft eher noch vermehren als mindern. Damit wächst automatisch der Bedarf an Beamten.

Bei der Veranschlagung für 1920 rechnet der Haushaltsplan bei einzelnen staatlichen Betriebsverwaltungen mit erheblich steigenden Mehreinnahmen, so insbesondere die Forstverwaltung. Bei den Bergwerken zeigt sich die entgegengelegte Tendenz. Der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung wird jetzt von dem Anteil der Reichsteuern getragen, der nach Preußen abfließt. Es ist der größte Einnahmeposten. Noch größer ist allein der künftige Gesamtbetrag der Besoldungsreform für die Beamten — hier ohne Eisenbahndirektion — und Lehrer. Die wird 3760 Millionen Mark ausmachen.

So wachsen dem Staat immer neue Milliardenpflichten zu, denen unter Aufsichtung äußerster staatlicher Anstrengung neue Einnahmen, vermehrte Einkünfte gegenübergestellt werden müssen. Es geht im Augenblick nur durch neue Schapanweisungen. Diese werden beantragt.

Bei zunehmenden Ausgaben wächst das Kreditbedürfnis. In Preußen ist's dasselbe Bild wie im Reich. Der Staat arbeitet in einem fehlerhaften Kreislauf. Das deutlichste und schmerzhafteste Argument für die Wichtigkeit dieser Auffassung ist der einzige Ausweg, den man bisher aus diesem Elend

gefunden hat, um auch nur existieren zu können: Die Notenpresse. Mit der üblichen Niedergeschlagenheit und Gedrücktheit bei diesen Riesenziffern, dem Jammer über die schlechten Zeiten ist's nicht getan. Der Staat, die Allgemeinheit muß planmäßig aus dem Elend herausgeführt werden. Nicht nur der Mensch, auch die gesellschaftliche Gesamtheit kann viel ertragen und leisten, wenn sie den einheitlichen Willen dazu hat. Frankreich war unter den letzten Ludwigen in grenzenloses Finanzelend hineingewirtschaftet, die Revolution, die Affignaten, Napoleon und seine Eroberung Europas, die damit zusammenhängende ungeheuerliche Entwicklung und fortgesetzte Umbildung der Staatsaufgaben und -ausgaben liegt zusammengeknüllt in einem Zeitraum von fünfundsiebzig Jahren! Erst in ihrer Verbindung mit Vergangenheit und Zukunft begreift man ganz die Bedeutung der Zahlen, wie sie die heutige Etatsrede des preussischen Finanzministers mitteilt.

Milderung des Steuerabzugs!

Der Steuerunterschied des Reichstags hielt heute wieder eine Sitzung ab, um über die Ausführung des § 45 des Einkommensteuergesetzes zu beraten. Die schematische Anordnung auf einen Steuerabzug von 10 Proz. soll dadurch gemildert werden, daß beim Steuerabzug vom Lohn für Lohnarbeiter, Angestellte usw. ein Betrag von 5 M. täglich zunächst außer Berechnung bleibt. Weiter soll bei Familienstand der Arbeitnehmer berücksichtigt werden, so daß für jedes Kind 1,50 M. täglich ebenfalls außer Berechnung bleibt und lediglich der Restbetrag des täglichen Einkommens für den zehnprozentigen Steuerabzug in Betracht kommt. Das bedeutet eine große Erleichterung für die Steuerpflichtigen und vermindert die vorläufigen Steuerabzüge namentlich bei Lohnempfängern mit größerer Familie bedeutend. Für Wochenlohneempfänger bleiben 30 M. wöchentlich außer Berechnung, für jedes Kind 10 M.; vom Monatslohn werden 125 M., für jedes Kind 40 M. beim zehnprozentigen Steuerabzug außer Berechnung gestellt.

Uebersieht der Arbeitslohn oder das Gehalt aber 15 000 M., so ist ein erhöhter Abzug vorzunehmen; bis 30 000 M. Einkommen 15 Proz., von 30 000 M. bis 50 000 M. 20 Proz. Die Abzüge steigen bei höheren Einkommen bis zu 50 Proz.

Vertagung des Reichstags beschlossen.

In Kellerterrat des Reichstags herrschte Uebereinstimmung darüber, daß im Abwesenheit fast sämtlicher Reichsminister die Tagung des Reichstags nicht fortgeführt werden kann; auch im Hinblick auf das von der U. S. B. beantragte Mißtrauensvotum wurde eine Weiterberatung nicht für angezeigt erachtet, weil den in Spa anwesenden Ministern Gelegenheit gegeben werden muß, sich zu den erhobenen Anklagen zu äußern. Dagegen soll der Hauptauschuß vorläufig beisammen bleiben und den Ergänzungsetat vorbereiten, damit bei Wiederauftritt des Reichstags, der auf den 28. Juli wieder einberufen werden soll, in wenigen Tagen der Etat erledigt sein kann. Da am 1. August das Kohlensteuergesetz außer Wirkung tritt, soll auch dieses vorher noch erneuert werden. In der heutigen Sitzung soll der Initiativantrag der Parteien gegen den Steuerabzug noch durchberaten werden.

Ein Attentat auf Kriegsbeschädigte?

Gegen, 5. Juli. Während einer stark besetzten Versammlung, die der „Internationale Bund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen“ heute abend in der hiesigen Tonhalle abhielt, um für Wälderfrieden und Wälderverständnis zu demonstrieren, lag der in der Nähe des Nebeneingangs aufgestellte große eiserne Ofen mit gewaltigem Getöse in die Luft. Die Dade ist an verschiedenen Stellen durchgeschlagen. Sämtliche Fensterheben sind zertrümmert und Stühle und Tische durcheinander geworfen. Etwa 40 Personen wurden verletzt, darunter eine Anzahl lebensgefährlich. Die sofort vorgenommene kriminalpolizeiliche Untersuchung ergab, daß im unteren Teil des eisernen

Ofens neben dem Aschenkasten eine Anzahl Granatentkapseln verborgen gewesen war.

W. B. spricht die Vermutung aus, daß die Explosion durch eine in den Ofen geworfene brennende Zigarette entstanden sei. Bei dem Hoch, dessen sich gerade der Kriegsbeschädigtenbund erfreut, dürften andere Gründe nicht ganz ausgeschlossen erscheinen.

Wozu in Deutschland noch Geld da ist.

Deutsche Frauen, deutsche Treue.

Die Ueberführung Wilhelms II. von Amerongen nach Doorn bot für viele Slavengemüter in Deutschland wieder einmal Gelegenheit, ihre Räden möglichen tief zu neigen. Ostpreussische Frauen und Mädchen bereiteten eine Sammlung, aus deren Erlös — 31 000 M.! — eine Bronzestatue angekauft wurde, die mit der Inschrift versehen wurde: „Ostpreussische Frauen ihrem unerbittlichen Kaiserpaar, 1920“. Aus dem Kabinettskabinett Wilhelms II. — zu welchem Zwecke der Mann wohl noch ein Kabinettskabinett haben mag? — ging folgendes allerhöchste Dankschreiben ein:

„Durch Ihren an Herrn v. Contard gerichteten Brief sind S. M. der Kaiser und I. M. die Kaiserin von dem Geschenk der ostpreussischen Frauen für das neue Heim der Majestäten in Kenntniß gesetzt. Beide Majestäten sind von Herzen erfreut und bewegt durch den Beweis treuer Liebe und Anhänglichkeit. Ich bin beauftragt, sehr warm zu danken und zu sagen, daß die Statue einen guten Platz im Park von Doorn bekommen soll und den Majestäten eine liebe Erinnerung an die treue Gesinnung ostpreussischer Frauen sein wird. S. M. lieben das Original der Statue sehr und werden sich demgemäß auch an der Nachbildung freuen.“

Es wird auf die Gemüter der ostpreussischen Frauen und Mädchen sehr beruhigend einwirken zu hören, daß der Allerhöchste sich über die Gabe zu freuen gerührt hat. Deshalb sollte er auch nicht? Bemerkenswert aber ist, daß er sich noch immer den Titel einer Majestät usw. beilegt, woraus böswärtige Menschen den Schluß ziehen werden, daß das „tragische Geschick“ aus dem gekrönten Narren einen ungekrönten gemacht hat, daß aber im übrigen irgendwelche Veränderungen mit ihm nicht vorgegangen sind. Was übrigens von vornherein nicht anders zu erwarten war. Wir sind der unbeschriebenen Ansicht, daß man die Summe Geldes besser für Kriegshinterbliebene, Invaliden, Arbeitslose oder andere durch Wilhelm II. und sein Kriegsvorbereiten ins Unglück gestürzte Menschen hätte verwenden sollen, anstatt den Park dieses Deserteurs mit einer Puppe zu schmücken.

Der übliche Universitätsandal.

Zu großen Tumulten kam es bei einer Versammlung, die der „Deutsche pazifistische Studentenbund, Gruppe Universität Berlin“, gestern abend in der Universität abhielt.

Als erster Redner sprach Herr Dr. Max Deri über „einen Weg zum Pazifismus“. Aus Verstand und Gefühl gelangt man zum Pazifismus. Der Gefühlsweg, der seiner Natur nach nur einseitig sein kann, kann täuschen, denn er kann seiner wissenschaftlichen Betrachtung beraubt werden. Möglich ist nur eine rein intellektuelle Einstellung. Das Wesentliche der realistischen menschlichen Weltanschauung ist die Tat. Wären im Urplasma der Menschheit alle Möglichkeiten enthalten, gäbe es also nur Naturerziehung, dann könnte nur gelten: Schärfer Kampf und Dasein. Da der Versuch, das durchzuführen, Hypothese bleibt, ist damit der Kommunismus wissenschaftlich widerlegt; denn er entspricht nicht dem Endzweck und läßt den Tüchtigen nicht immer den Ersten sein. Möglich ist nur Sozialismus als langsame Höherentwicklung der Menschheit. Das hat aber nur Sinn, wenn diese Entwicklung auf die ganze Welt angewandt wird. So kommt man zum Pazifismus als Wissenschaftler, zum Nationalismus als Gefühlsmensch.

Nach Dr. Deri sollte Prof. Dr. Nicolai das Wort erhalten. Da stellte zunächst der Student Conti den Antrag, Prof. Nicolai nicht sprechen zu lassen, da ihm der Senat der Universität die Würdigkeit, ein Lehramt zu bekleiden, abgesprochen hätte. Leider

Dieser aber beginnt nach hohen Mustern sein Amt mit einer Ansprache — sogar Hochdeutsch —, die etwos lautet: „Ich wäre nun König und danke allen Kameraden. Auch allen Gästen danke ich. Hinzufügen will ich noch, daß heute abend beim Tanz die Jugend auf der Veranda Platz zu nehmen hat, nicht wie das letztemal drei Reihen im Saal, so etwas gibt es nicht“. Das letzte kommt schon sehr preussisch bestimmt heraus — Heine Niemann fühlt sich bereits ganz und gar als gottgewollte Obrigkeit.

Das Publikum aber läßt und schließt sich dem Anzug der Tonnenreiter an, der mit Musik durch den Ort geht, ein umgedrehter Paffionsweg, bei dem die Wirtshäuser die Stationen bilden. Rauscher Tonnenreiter, der eben noch wie angepöbeln im Sattel saß, beginnt mählich zu schwanken.

Ran ist es aber auch Abend geworden und die Gänge müssen beim, damit sie morgen wieder kräftig im Geschäft gehen, und das junge Volk harret auf den Beginn des Tanzes. Der dauert freilich noch sehr — sehr lange.

So feiert man in Vorpommern und Mecklenburg seit mehr als zweihundert Jahren das Tonnenreiterfest. Wir Berliner sollen diese Gegend nicht als schlechtin rüchlich betrachten. Die Leute dort können wenigstens eins, was uns immer mehr abhanden kommt und was doch gerade uns nottätet mit geringem Aufwand frohe Feste feiern.

E. K.—r.

Max Klingers Revolutionsbilder. In jungen Jahren hat Max Klinger drei Radierungen geschaffen, die den Ausbruch und unglücklichen Verlauf einer Volkshebung vergegenwärtigen. Im Jahre 1883 erschienen diese Blätter in der Zeitschrift „Dramen“ unter dem bezeichnenden Titel „Märztag“. Die erste dieser bewegten Schöpfungen ist durch eine Wiedergabe in der Antiquologie „Von unten auf“, deren führendes Blatt „Tümmelkampf“ ebenfalls ein Klingerbild ist, weiten Kreisen der Arbeiterklasse zugänglich worden. Mit diesen Märzblättern hat Klingers Geist sich in letzter Zeit, wie dem „W. Z.“ erzählt wird, viel beschäftigt. Einem Freunde sagte er:

„Ich habe früher die Revolution dargestellt, ohne sie zu kennen, jetzt, da ich sie selbst kenne und miterlebt habe, drängt es mich, in neuen Bildern zu gestalten, wie ich die Revolution sehe und empfinde, und nun bin ich dazu nicht mehr imstande. Denn ich sehe die Reihe der Radierungen vor mir, aber die Hand will mir nicht mehr gehorchen.“

Es scheint, daß der Meister die Revolution nicht mehr mit den Augen des Jünglings gesehen hat, auf den, wie sich aus den drei Radierungen schließen läßt, die Berliner über Ereignisse, die damals noch lebendig nachwirkten, schellisch von Einfluß gewesen sind. Jetzt hat den Gealterten die Lösung der rechten Hand (sei dem Schlaganfall im letzten Oktober) gehindert, abermals dem einst Karl bewilligten Stoff sich hinzugeben.

So bleiben also jene „Märztag“ das, was Klinger zu dem Schlag künstlerischer Revolutionsdarstellungen beigetragen hat, und

Tonnenreiter.

Ein Volksfest in Vorpommern.

Weiß der Großstädter eigentlich noch, was ein Volksfest ist? Schauernd denke ich in diesem Augenblick — mitten im frohen Treiben des Tonnenreiterfestes unter dem goldgelprenkelten Blätterdach einer pommerschen Dorfane — an den Berliner Nummelplatz, der hundert Schritt von meiner Wohnung zur Verweisung der gesamten Nachbarschaft allabendlich in die geöffneten Fenster rumpft und dudelt. Denke, wie dort mit Karussells und Buden die Festwiese nachgeahmt wird und wie trotzdem alles ganz unfehllich schicksalhaftig, gelblichweiß verläuft. Die armen Menschen, die dort ihr Vergnügen suchen! Worum finden sie so wenig, obwohl die Luftschaukeln, die Karussells, die Aufsichtbahnen viel attraktiver und großartiger sind als irgendwo auf dem Lande? Weil Fleck, Leinwand und Vogelampfen zusammen eben nur einen Nummel ergeben, aber kein Fest! Der Nummelplatz ist die imitierte Festwiese, aber das Fest fehlt. Das Vorleistungskapital mag wohl den Nummel auf der letzten Bankstelle im Osten von hochgelegenen Kunapark im Westen steigern, aber weder dem Hauptplatz noch dem Kunapark kann es auch nur das kleinste bißchen Festimmung einhauchen. Kapital bleibt ein Zahlenungeheuer, mag es klein oder groß austreten, es wirft Profit ab, doch keine Stimmungsbewerte.

Al das geht mir durch den Kopf, während der linke Reigen der Tonnenreiter bald von rechts bald von links her an mir vorbeitrapelt.

Wer sind die Tonnenreiter? Entsetze dich, Berliner, der du allsonntäglich nach Starkhorst, Grunewald oder Hobbegarten läufst: die Tonnenreiter sind zwölf simple pommersche Bauern zu Pferde. Bauern, die ein weißes Hemd angezogen und eine blaue Schürze auf dem Kopfe haben. Und ihre Pferde sind stramm- und ermüdete Kergänke, die wochentags sich redlich ihren Hafer vor Pflug und Wagen verdienen. Aber heute sind sie blank gepulvt, gehen stattlich mit geflochtenen Mähnen, tragen armdicke Blumengürtel um den Hals, und ihre Reiter thronen auf blauweißen geschlachten Sätteln.

Und das Fest? Die Tonne, von der es den Namen führt, hängt zwischen zwei geschmückten Masten quer über die Dorfane — fast wie eine Berliner Vogelampfe in der Friedrichstraße. Sie ist aber ein altes Teerfaß, dem ein paar Eichenlaubzweige vergeblich ein reputierliches Aussehen zu geben suchen. Und während die Musik — drei Bläser, eine Kesselpauke — nun die Weisen anstimmt, traben die Tonnenreiter im Gänsemarsch unter dem seltsamen Schlag hindurch. Jeder hat einen buntemaligen Knäppel in der Hand, damit versteht er im Händurchzählen der Tonne einen gewaltigen Schlag — falls er trifft, und das ist die Kunst.

Die Gänge nämlich haben ein tiefes Mißtrauen gegen den seltsamen Riesenvogel, der da vor ihnen in der Luft baumelt. Viele

suchen, scheuen, wollen rechts oder links vorbei, aber heileide nicht darunter hindurch. Und das gibt viel Gelächter unter den Zuschauern, die in zwei bunten Bändern die Festwiese umflämen, wenn ein junger Bauernburck gewaltig zum Schläge ausholt, plötzlich aber sein durchgehender Gaul ihn fortreißt, daß er die Luft durchschauend fast aus dem Sattel steigt oder gar den eigenen Gaul auf die Schnauze trifft. Andere freilich kennen die Sache noch von früher her: Heine Niemanns alter Wonenjosef, der streng nach der Wafl geht, bleibt unter der Tonne fast stehen, damit sein Herr bequem zuschlagen kann, und Jürgen Frettmarsch traut mit unerschütterlicher Muße, die Pfeife im Munde, heran, die staubgrauen Augen zwinkern aus dem verwitterten Vauerengesicht — und dann bröht der Sälag gegen die Tonne. Aber Waterstraats Kori, der zum erstenmal mitreitet darf, sorgt für den nötigen Humor. Der mindestens fünf Gentner schwere Ruchstrahlack, auf dem das Kerzen thront, wird sein Verderben. So sein sein Herr das schwere Tier auch heute herauskaffert hat — es will vom Tonnenreiten nichts wissen, es hoch, schreit und schleht dann schlieflich wie der Witz ganz außen, hart an den Zuschauern vorbei, so daß dem armen Kori Waterstraats die Tonne in unerreichbarer Ferne bleibt. Aber er trägt lachend seine Pute — Hauptsache, daß er dabei ist.

So geht der Zug der Tonnenreiter die Dorfane wohl ein hundertmal herum und wieder herob. Allmählich lockert sich unter den Schlägen das Gefüge der Tonne, die Eisenverzierung ist längst gelassen, jetzt springen unter allgemeinem Jubel die unteren Reifen ab. Damit kommt der Witt seinem Ziele näher, denn wer das letzte Stück abschlägt, ist König. Die Tonne hat jetzt das Aussehen eines struppigen Vogelbaiges, die Längsstäbe hängen wie zerzauste Federn nur noch lose vom oberen Deckel. Aber unermüdet traben die Tonnenreiter vorbei, auch die Längsstäbe fallen Stück für Stück, die letzte baut Jochen Bradherling mit wohlgezieltem Hieb herunter und erhält damit die zweite Würde des Tages und zugleich eine Porzellankopfe als Geschenk: er ist „Städtenkönig“.

Doch die Hauptentscheidung beginnt jetzt erst. Aus dem abringeliebenden Deckel muß noch der Harz gemacht werden. Nach kurzer Pause tritt die gesamte Kavallerie von neuem an. Das kleine kreisrunde Ding ist schwer zu treffen, aber auch seine drei Bretter fallen, und nun ist nichts mehr übrig als das Haltestück, an dem die Tonne hing: ein laum kuhgroßes Holz, durch dessen Loch der Strid geht. Nach drei vergeblichen Mitten schlägt es endlich Heine Niemann herunter und ist damit Tonnenkönig. Die Musik spielt einen Tusch, Jürgen Frettmarsch, sein Amisvorgänger, nimmt die verhoffene dreifarbige Schärpe, das Zeichen der Königswürde, ab und hängt sie Heine Niemann um, gleichzeitig bringt er ein Hoch auf den neuen König aus.

wurde die Vernehmung so ungeschickt geführt, daß es einem Zuschauer von 20-25 deutschnationalen Jünglingen gelang, die ordnungsgemäße Weiterführung fast eine halbe Stunde lang zu hindern. Als diese dann infolge der scharfen Opposition der öffentlichen Versammlungsteilnehmer die Erschließung ihrer Aufzeichnungen einforderten, zogen sie unter dem Rufe Contis: „Ist irgend eine unheimliche Deutung auf den Saal zu verfallen“, lärmend und schreihend während der Rede von Prof. Nicolai hinweg. Dieser sprach dann nur ganz kurz, wie die ganze bisherige Menschheitsgeschichte beweist, daß es überall möglich sei, durch Überzeugung statt durch Gewalt seine Anhänger zu gewinnen. Und gerade der Student, wie er seinem Wesen nach sein müßte, wäre dazu berufen, lediglich dem Kampf des Geistes durchzugehen.

In der Debatte wollte sich noch zwei kommunistische Redner ein deutschnationaler Redner. Erfolg: Erste Rede: denen laune Geschäftsordnungsdebatten folgten, als es nach Ablauf seiner Redezeit nicht für nötig hielt, zurückzutreten. Als nun gar Prof. Nicolai ebenfalls zur Geschäftsordnung sprach, erhob sich abermals von den inzwischen wieder herbeigekommenen „Weitererern“ solcher Lärm, daß es dem nächsten Redner, Stud. Bens, dem Gründer des Pazifistenbundes, nicht mehr möglich war, sich Gehör zu verschaffen. Kurz entschlossen löste die der unfähige Vorsitzende die Versammlung auf.

Es ist von Interesse zu hören, wer die deutschnationalen Führer der Studentenschaft sind: Im vorigen Semester: Stud. de la Chevallerie, französischer Abstammung, in diesem: Stud. Silvio Conti und sein Bruder Leonardo Conti, beide italienischen Wurzels. Das sind die „unheimlichen Deutschen“!

Das Urteil im Blau-Prozess.

In dem Mordprozess Blau erkannte das Gericht nach einstündiger Beratung auf 6 Jahre Zuchthaus für Goype und drei Jahre Gefängnis für Winkler. Seiden wurden 8 Monate Unterzuchungshaft angerechnet. Ritzmann wurde freigesprochen.

Das Urteil, durch das der mehrwöchige Mordprozess an dem Untersuchungsrichter Blau seinen Abschluß findet, gibt zu Kritik seinen besonderen Anlaß. Die Verhandlungsgründe, die für Ritzmanns Täterschaft sprachen, reichten nicht aus, um zu einem „Schuldig“ der Geschworenen zu führen, infolgedessen mußte Freisprechung erfolgen. Ebenso wurden für die Angeklagten Goype und Winkler die Schuldfragen auf Mord und Totschlag verneint, und letzterem wurden mildernde Umstände zugesprochen, die die Geschworenen dem Goype verweigerten.

Der Totbestand kann hier nicht noch einmal aufgetrollt werden. Der ausführliche Prozessbericht gab über ihn ein hinreichend deutliches Bild. Der ermordete Blau war ein Lauspieler, dessen Tätigkeit weder sauber noch einwandfrei war und die — nicht nur in Kommunistenkreisen — große Erbitterung erregte. Doch die Geschworenen zu einem relativ milden Urteilspruch kamen, dem das gerichtliche Urteil Rechnung tragen mußte, ist ein Beweis mehr für die Notwendigkeit der Zivilgerichtbarkeit und Abschaffung der Militärgerichte. Man nehme einmal an, die drei Kommunisten hätten vor einem Militärgericht gestanden. Welcher Art dann die Beurteilung gewesen wäre, das braucht nicht erst besonders ausgesprochen zu werden.

Reichsrat und Militärgerichte.

In der gestrigen Sitzung des Reichsrats wurde der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen. Der Reichsrat hielt an einer eigenen Vorlage fest, obwohl vom Reichstag bereits ein entsprechender Initiativantrag eingebracht worden ist, der gegenwärtig der Ausschussberatung unterliegt.

Preussische Landesversammlung.

Bei Beginn der heutigen Plenarsitzung nahmen die Herren Anträge viel Zeit in Anspruch. Abg. Lichtenfeld (N. Soz.) erbat auf eine Anfrage die Auskunft, daß die Durchsuchung der Räume des Zentralrats der deutschen Arbeiterkräfte deshalb erfolgt ist, weil dort Waffen vermutet wurden. Die Rednerinnen über die Schließung der Universität Würzburg, wegen der der Prof. Dr. Müller (Dnat.) angefragt hatte, erwiderten jeden Grundes.

Dr. von Götum ist heute früh gegen 9 Uhr von Graudenz kommend wieder in Marienwerder eingetroffen.

Er ist zugleich ein Zeichen seines jungen geistigen Werdens. Sie wurden in demselben Jahr der Dessenitätstest zugeführt, in dem er Berlin verließ, um nun Paris auf sich wirken zu lassen.

Mittler, wird morgen nachmittag in dem Garten seines Sommerhauses in Gorch-Jena, wo er geschieden ist, beigesetzt werden.

Die sexuelle Auffklärung der Schuljugend. Strindberg, der uns in seiner Biographie „Der Sohn einer Frau“ auch über das Empfindungsleben in seinem Biederlallolter ein klares Bild gibt, behauptet sich bitter über die sexuelle Auffklärung seiner Zeit, die durch „schlechte Bücher von medizinischen Spezialisten und durch furchtsame und unwillende Eltern“ erfolgte. Leider bestehen in dieser Beziehung noch immer arge Mängel, aber deren Art Bekämpfung die zuständigen Stellen nicht ernst sind. Im neuesten Heft der „Mensch“, Wochenchrift für die Fortschritt in Wissenschaft und Leben (Frankfurt a. M.), unterliegt sich der bekannte Dogeniker Universitätsprofessor Grafberger der schwierigen Aufgabe, Möglichkeiten für die sexuelle Auffklärung der Schuljugend zu geben. In der heutigen Zeit, in der Duhende von „Aufklärungsfilm“ und die fast vernehme Produktion von erotischen Bildern die Sinnlichkeit der Jugend immer von neuem aufstacheln, sind Schule und Elternhaus mehr denn je zu einer lastvollen, der Individualität und Konstitution des einzelnen angepaßten Aufklärung verpflichtet. Das ganze Gebiet teilt Grafberger in 4 Felder: erstens die Ermüdung der Leibesfrucht und die Geburt des Kindes, zweitens der Vortrang, drittens die Reue der Geschlechtsorgane, der Geschlechtsdrüsen und seine Verirrungen, viertens die Geschlechtskrankheiten, und er verlangt, daß die Aufklärung der Reife des Kindes angepaßt, sich in Stufen ausbaue und sich an die Vorgänge in Pflanzenreich und Tierleben eng anschlebe.

Am Zentralinstitut für Geschichte und Unterricht, Potsdamer Straße 120 (nahe der Potsdamer Brücke), sind zurzeit unentgeltlich verschiedene Aufstellungen von norddeutschen pädagogischen Gesetzerge zu bestaunen, auch die schon erwähnte „Schicht in der Arbeitshalle“.

Gefährlich Mann wird den Zeitromanzen, als dessen erste beide Teile „Der Unterwelt“ und „Die Sinnen“ amusehen sind, durch einen dritten Roman abzuleiten, der das intellektuelle Deutschland der nachhermännlichen Epoche zum Hebel hat.

Über seine Stellung zu seinem Bruder Thomas Mann hängt er in seinen „Betrachtungen eines Unpolitischen“, das gegen Ernst Manns „Der Mann ohne Inhalt“ abgefaßt wurde, äußert die Äußerung zu einem Wiener Vortrag: „Da ich grundsätzlich jede Partei vermeide, und dies um so mehr, wenn einer solchen, wie in dem nachgezeichneten Falle, zweifellos eine gewisse persönliche Tendenz unterzogen würde, habe ich das Buch nicht gelesen.“ Man hat der Ansicht sein, daß die Antwort, wenn er das Buch gelesen hätte, rechtsoffer ausgesprochen wäre.

Ein Preiswettbewerb für deutsche Dramatiker veranstaltet die Max-Rehner-Stiftung. Der Preis beträgt 6000 M. und kann zwar aber geteilt für mehrere nicht aufgeführte oder angenommen und im Buchhandel nicht erschienenen Dramatische Dichtungen bestehen werden. Preisrichter sind: Ferdinand Gregor, Walter Hasencamp, Walter v. Hasencamp, Richard Scholl. An den letztgenannten (Berlin-Schwandorf, Bahnenstraße 27 a) sind alle Anfragen und Sendungen zu richten. Endtermin der Einreichung 30. September.

Mordprozess Schumann.

Die Gattin als Zeuge.

Zu Beginn der heutigen Sitzung betonte Rechtsanwalt Dr. Frey, daß seine gestrigen Anträge vielfach mißverstanden seien. Es liege ihm nichts ferner, als einen volldürftigen Verbrecher seiner verdienten Strafe zu entziehen. Wenn er als Mensch und Straftäter aber nur gewisse Vorteile bestreite, so müsse er alle ihm gesetzlich zu Gebote stehenden Mittel anwenden. Er betonte nochmals, daß der Vater des Angeklagten seinerzeit wegen Notzucht zu schwerer Strafe verurteilt worden sei und daß sich an dem Angeklagten vielleicht das alte Bibelwort: „Die Sünde der Väter wird an den Kindern heimgekehrt bis ins dritte und vierte Glied“ bewahrheitete. Wenn schon im Eulenburg-Prozess auf einen einfachen Antrag hin das Medizinalkollegium zusammengesetzt sei, so müsse das auch in diesem Falle möglich gemacht werden. Was der Angeklagte getan habe, könne nur ein geistig Kranker getan haben. Daher beantrage er

Überweisung des Angeklagten in eine Irrenanstalt und Herbeiführung der Alken in dem Strafverfahren des Vaters, die den bedeutendsten Wertes vorgelagt werden müßten.

Die Alken sollen herbeiführt werden. Inzwischen wurden zur Kenntnisnahme der Sachverständigen die Verwandten des Angeklagten über dessen geistige Beschaffenheit vernommen.

Frau Anna Schumann, die Ehefrau des Angeklagten, schildert diesen als einen Mann, der ihr oft Angst eingejagt hat, weil er ein somatisches Wesen zeigte. Er hat sie wiederholt geschlagen und bedroht, wenn sie ihm Vorwürfe über spätes Nachhausekommen machte. Er ist oft bei geringen Anlässen gleich in gewalttätige Wut geraten, wobei seine Augen roteten. Getrunken hat er nicht und auch wenig geraucht. Er wurde sehr leicht lächerlich.

Auf eine Frage des Rechtsanwalts Dr. Frey, ob der Angeklagte nicht auch sehr fromm gewesen sei, bekennt die Zeugin, daß Schumann sehr häufig in die Kirche gegangen sei. Auf Veranlassung der Geheimräte Dr. Leppmann und Dr. Stoermer geht die Zeugin auch auf das Sexualleben des Angeklagten ein und schildert, daß er stets eine Frau erlösen mußte, um dann zärtlich zu werden. Hierbei benahm er sich aber auch wie

ein rasendes wildes Tier.

Die Zeugin schildert dann verschiedene intime Dinge aus ihrem Eheleben, welche auf einen ziemlich stark ausgeprägten sadistischen Trieb bei dem Angeklagten schließen lassen. Auf Fragen des Staatsanwalts Dr. Steinbrücker, des Rechtsanwalts Dr. Frey und des Geheimrats Leppmann bekennt die Zeugin noch, daß der Angeklagte keinen fröhlichen und glücklichen Menschen habe sehen können, er sei häufig plötzlich aus einer Gesellschaft fröhlicher Menschen weggegangen. Somit sei er ein ordentlicher Mensch gewesen, habe stets fleißig gearbeitet und habe ihr, Zeugin, fast seinen ganzen Wochenverdienst abgegeben.

Eine Frau Erdmann, die Tante des Angeklagten, bekennt u. a., Schumann habe schon als kleines Kind es sehr schlecht geliebt. Der Vater habe ihn einmal an den Weinen gepackt und mit dem Kopf an die Wand geschlagen,

bis Nachbarnleute hinzukamen und ihn das Kind entriffen. Der Angeklagte sei stets ein lieber guter Junge gewesen, der gewohnt habe, wenn jemand einer Fliege ein Bein oder einen Flügel antue.

Der Zeuge Henkel hat mit dem Angeklagten bei den Kanalarbeiten zusammengearbeitet und sagt, er sei

der fleißigste Arbeiter der Kolonne

gewesen, der aber immer still für sich geblieben sei. Einige weitere von Rechtsanwalt Dr. Frey geladene Zeugen machen ähnliche Angaben.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Groß-Berlin

Kein Werdersches Obst mehr.

„Dabei verkaufen lassen...“

Die Werderschen Obstgärtner haben ihre bereits in den letzten Morgenblättern mitgeteilte Drohung wahr gemacht. In einer Versammlung am Sonntag protestierten sie gegen die vom Gewerkschaftsverband Berliner Großfrucht Händler einseitig und geschwändig hinter ihrem Rücken festgesetzten Preise für Birchen, Rohannis- und Stachelbeeren. Sie erklärten, daß sie nicht gewillt seien, ihre Erzeugnisse zu einem Preise abzugeben, der ihre Existenzmöglichkeit im höchsten Maße gefährdet. (Der Red.) und nur zur Verbeugung und Vermeidung des Berliner Publikums dient. In einer Entschiedenheit, die dem Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, dem Gewerkschaftsverband Berliner Großfrucht Händler, dem Reichsverband deutscher Obst- und Gemüsehändler und der Preisprüfungsstelle der Stadt Berlin überreicht werden soll, verteilten sie jeden Obstgärtner und belanden ihre Entschlossenheit, ihr Obst nicht eher wieder auf den Berliner Markt zu bringen, bis dem Verkauf wieder freie Hand gegeben wird.

In der Versammlung hörte man Zwischenrufe wie: „Dabei verkaufen lassen, als den Berlinern billige Preise machen.“ „Schickt der Bande nichts mehr hin!“

Nicht ohne Besorgnis sehen wir der Zukunft der Obstgärtner von Werder entgegen. Bedeuten ihnen die geschwändig festgesetzten Preise eine Gefährdung ihrer Existenzmöglichkeit im höchsten Maße, dann ist doch der heutige Beschluß geradezu Selbstmord. Öffentlich hat die „Bande“ ein Einsehen und gibt dem Verkauf wieder freie Hand, sonst könnte ganz Werder dem Hungertode verfallen und im nächsten Frühjahr gäbe es keinen Apfel mehr. Wäre das nicht schrecklich?

Reform des städtischen Wohnungswesens.

Das Reichsarbeitsministerium ist in eine Prüfung der Maßnahmen eingetreten, die für eine Reform des städtischen Wohnungswesens in Betracht kommen. In diesem Zweck ist zunächst ein kleiner Arbeitsausschuss unter der Leitung des Vorsitzenden des Deutschen Wohnungsausschusses, des früheren Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts, Freiherrn von Stein, einberufen worden. In der ersten Sitzung dieses Ausschusses am 1. und 2. Juli fand eine allgemeine Aussprache über die Reformvorschlüsse statt, die von verschiedenen Seiten, insbesondere von den Herren Dr. Kampffmeyer und Dr. Ing. Wagner sowie von Herrn Gejer angearbeitet und in der Öffentlichkeit lebhaft besprochen sind. Auf Grund der in der Aussprache hervorgetretenen Gesichtspunkte sollen die Einzelfragen in einigen besonderen Ausschüssen im Einberufen mit Sachverständigen und Vertretern der interessierten Bevölkerungskreise beschleunigt weiter geprüft werden.

Die Staatsarchiv-Einbrecher verhaftet.

Das Staatsarchiv zu Charlottenburg war im Frühjahr zweimal das Ziel einer Einbrecherbande, die jedesmal beträchtliche „Erlöse“ erzielte. Die Nachforschungen nach den Tätern blieben lange erfolglos, bis Kriminalkommissar Trettin und seine Beamten in dem „Sauerbeller“ in der Kaiser Straße Anhaltspunkte fanden, die sehr zum Ziele führten. Der Urheber der beiden Einbrüche ist ein früherer Sicherheitspolizist namens Rahnuski. Dieser hatte Beziehungen zu der Tochter eines Kassiers angeknüpft und von ihr erfahren, was für Schlüssel das Staatsarchiv barg und wie man dort Zutritt bekommen konnte. Nach seiner Entlassung aus dem Sicherheitsdienste verband er sich zunächst mit einem gewissen

Wili Knorr und einem Fritz Swangig, die am 26. Februar zuerst das Archiv heimlich und besuchten. Sie wollten die erbeuteten Schätze für unecht gehalten und deshalb ins Wasser geworfen haben. Ohne Zweifel haben sie sie aber zu Geld gemacht. Nach Verbruch des Erlöses suchte und fand Rahnuski neue Spiegelfesseln in einem Fritz Schwander, einem Wili Wittmann und einem Karl Valleri. Diese unternahmen am 28. März den Einbruch.

Es besteht die Vermutung, daß diese Bande auch das Kaiserjuleum heimlich hat. Ihr zurückgelassenes Handwerkszeug, insbesondere eine Säge, läßt darauf schließen, weil es mit dem dem Kaiserjuleum einbruch benutzten Werkzeug übereinstimmt. Während die Verhafteten die anderen Einbrüche zugegeben, leugnen sie den Kaiserjuleum einbruch. Die Ermittlungen nach dieser Richtung sind noch nicht abgeschlossen. Einer der Täter, Wittmann, ist noch flüchtig.

Das Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit hat auf Grund einer von der Regierung genehmigter Subvention nunmehr die Bekämpfung der Kleinkindersterblichkeit auch offiziell in seinen Arbeitsplan aufgenommen. Die Anstalt führt jetzt die Bekämpfung Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus, Kleinkinder zur Bekämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit, sie untersteht der unmittelbaren Aufsicht des Preussischen Volksbildungsministeriums.

Sämtliche Konzerte des Philharmonischen Orchesters bis zum 13. August (2. Seite) sind ausverkauft.

Oranienburg. Ein Bürgermeister, der zum politischen Nord auffordert. In der letzten Stadtverordnetenversammlung erschienen die seit dem 7. April freitenden sozialdemokratischen Fraktionen wieder zur Arbeit. In die Tagesordnung wurde nicht eingelesen. Es fand nur eine äußerst erregte Aussprache über das Verhalten des Bürgermeisters während des Kampfs zwischen dem Nord und dem Süd statt. Nachdem im Laufe der Zeit der Scheiter immer mehr geläutert wurde und den bürgerlichen Fraktionen nachgegeben wurde, daß der Bürgermeister Dr. Heintz am 21. März einen Dritten zum politischen Nord aufgefordert hat, konnten die bürgerlichen Stadtverordneten nicht umhin, mit den sozialdemokratischen Fraktionen für die sofortige Suspension des Bürgermeisters vom Amte zu stimmen. Mit überwältigender Mehrheit kam dieser Beschluß zustande. Eine Kommission, bestehend aus Stadtverordneten aller Fraktionen, wird dem Regierungspräsidenten den Antrag persönlich überbringen. Öffentlich handelt er schnell.

Tempelhof. Die letzte Gemeindevorstellung hatte sich mit der Festschließung des Gehalts für die höheren Gemeindebeamten zu beschäftigen. Betanlassung dazu gab ein in der Sitzung der vorigen Woche geführter Beschluß, der den höheren Beamten auf ihr Grundgehalt 6000 M. zuzulegen und hierzu eine Teuerungszulage von 20 Proz. zu gewähren. Mit diesem Beschluß gütigten die Demokraten, unter ihnen der Bürgermeister Wiesner und die Deutsche Volkspartei, nicht einverstanden sein zu können. Die Angelegenheit stand als 6. Punkt auf der Tagesordnung. Unsere Genossen hatten die Absicht, diesen Punkt als ersten besetzen zu lassen. Erst nach längerer Geschäftsordnungsdebatte ließ der Bürgermeister über den Antrag auf Absetzung des 1. Punktes, nämlich Einführung der Penograhischen Aufnahme der Verhandlung der Gemeindevorstellung, abstimmen. Der Bürgermeister begründete diese Vorlage damit, daß es notwendig sei, die Aufwände, die der Stadt für den Penogramm festhalten, deswegen wünschenswert, daß ein Stenograph, dem für die Stunde 120 M. gezahlt werden müssen, anwesend ist. Seine Unparteilichkeit bewies der Herr Bürgermeister nach dadurch, daß er, als der Stenograph, gleich nachdem der Beschluß gefaßt war, an dem Reichshofratisch Hof nahm, es nicht für nötig hielt, den Herrn der Gemeindevorstellung vorzustellen. Er glaubte auch über eine Anfrage des Unabhängigen Arbeiter, wer der Herr eigentlich sei, mit Gleichgültigen hinweggehen zu können. Dies war auch den Bürgerlichen zu groß; auch sie protestierten gegen das Verhalten des Bürgermeisters. Man hatte den Eindruck, daß es dem Bürgermeister nur darum zu tun war, die von den Bürgerlichen beantragte Befoldungserhöhung unter Dach und Fach zu bringen. Sein Ziel hat er allerdings nicht erreicht, denn die Aufwände, aufgewandt durch das Verhalten des Bürgermeisters, haben unumkehrbar zu bestehen, daß die von ihm getroffenen Maßnahmen zu weit gingen. Deshalb verband man sich dann, die Befoldungsfrage an eine Kommission zu verweisen. Unter anderem wurde auch noch der Abänderung der Verträge über das Tempelhofer Feld zugestimmt. Die Abänderung geht dahin, daß für den unbekannt gewordenen Teil des Tempelhofer Feldes nach Veräußerung des Kaufpreises Flachbau eintritt und das Feld einer gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft überantwortet wird.

Reichsdeutsche aus bismarckem Geiste. Donnerstag, 7. Juli, in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Schönebergstraße 16/17: Öffentliche Versammlung.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Morgen, 7. Juli.

9.—14. Uhr: Sitzung der Abteilungskomitees Reichsbanner, Potsdamer Straße.

45. Uhr: 8 Uhr der Parteikolonnen, 15. Sitzung der Funktionäre und Betriebsgruppenleiter.

8.30 Uhr: 17. Uhr: Zusammenkunft bei Schulz, Hauptstraße. Referent Gen. Leiter Hoffe.

Wirtschaft

Protest gegen die Kommunalkernung.

Die neue Partei des gemeindlichen Mittelstandes, die „Wirtschaftliche Vereinigung“, hielt gestern in den Kammerkellern eine die auf den letzten Montag gefällte Preissteigerung ab, in der zwei neue Stadtverordnete, Müller-Brande und ein Tagesleiter Holthammer rein agitatorisch angriffen, ohne die allgeringste Sachlichkeit sprachen.

Müller-Brande erklärte, daß die Revolution von 1918 keine große Idee gehabt habe, die Sozialisten hätten nun, daß das, was sie verprochen hätten, nicht gehalten werden könne, man bekämpfe nicht das Großkapital, sondern den Mittelstand. Der Kleinhandel sei es, der das geschaffen habe, was das Volk brauche. Es sei falsch, auf die Eier zu exemplifizieren, denn jeder Arbeiter, der bei Krankheit Eier brauche, fände ja überall welche zum Kauf. Den sozialistischen Führern, die ihm selbst nach Oberwalde nachgereist seien, habe er furchtbar die Wahrheit gesagt.

Der Mittelstand habe nicht begriffen, wie hart er sei, sein Stand ist politisch so stark wie er, denn er habe

Kapital und Wissen.

Er kann Fälle füllen. Wenn Sinnen Zeitungen aufkaufen könne, so könne der Mittelstand noch viel mehr, sie zu Hunderttausenden abonnieren. (Das sollten sich auch die Sozialisten gut merken. Kam.) Er hat aber noch eine andere viel größere Macht, er kann den städtischen Sparkassen die Gelder entziehen und dem Steuerfiskus die Steuern vorenthalten. Die Großhändler, die an städtische Betriebe liefern, können bohrt werden.

Der zweite Redner, der Tagesleiter Holthammer, sagte, die Sozialisten appellieren nur an die niedrigsten Instanzen der Massen. Das Reichsamt Sponson, ein sozialistischer Betrieb, verkauft Böden, die 250 M. gekostet hätten, für 90 Pf. und Weißbrot, die jetzt 125 M. kosten, für 95 M. Die Differenz habe der Steuerzahler zu bezahlen. Er erklärte, daß es besser sei, nicht mehr

